

Gebühren-Schock: Reisepass und Führerschein teurer als je zuvor!

Der Nationalrat plant am 21. Mai 2025 eine Erhöhung von Gebühren für Pässe und Führerscheine sowie Anpassungen bei Pensionistenbeiträgen.



Vienna, Österreich - Der Nationalrat bereitet sich auf eine wichtige Sitzung am Donnerstag vor, in der die nächste Runde der Budgetsanierung auf der Tagesordnung steht. Bei dieser Sitzung wird das zweite Budgetsanierungsmaßnahmengesetz beschlossen, das erhebliche Auswirkungen auf die Kosten für verschiedene Dokumente und Gebühren haben wird. Laut **vienna.at** steigen unter anderem die Bundesgebühren für einen Reisepass von 75,90 Euro auf 112 Euro und für einen Führerschein auf 90 Euro.

Zusätzlich zu den Erhöhungen der Gebühren für Dokumente plant die Regierung eine Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten von 5,1 % auf 6

%. Dies wird ab dem 1. Juni 2025 in Kraft treten.

Interessanterweise wird die Rezeptgebühr im Jahr 2026 nicht angepasst, was für viele Verbraucher eine Erleichterung darstellt.

Umfangreiche Gebührenanpassungen

Neben den Reisepass- und Führerschein-Gebühren gibt es auch Änderungen bei anderen Dokumenten. So wird der Zulassungsschein künftig 178 Euro kosten, während die Gebühren für die Staatsbürgerschaft auf 1.448 Euro steigen – das sind etwa 300 Euro mehr als bisher. Diese Anpassungen sind Teil eines umfassenderen Sparpakets, das, wie **vol.at** berichtet, in mehreren Etappen umgesetzt wird.

Das geplante Budgetpaket, das im kommenden Juni zur Abstimmung kommt, ist umfangreich und umfasst 74 Artikel und 72 Gesetzesnovellen. Unter den möglichen Änderungen finden sich unter anderem die Einschränkungen beim Zugang zur Korridorpension und die Abschaffung des Klimabonus. Darüber hinaus wird ein Drittel der kalten Progression einbehalten und die Regelungen zu Fußfesseln werden ausgeweitet.

Finanzielle Flexibilität für das AMS

Ein weiterer Punkt, der in der Sitzung berücksichtigt wird, betrifft das Arbeitsmarktservice (AMS). Das AMS soll mehr finanzielle Flexibilität erhalten, indem die freie Bilanzrücklage um 25 Millionen Euro reduziert wird, um arbeitsmarktpolitische Förderungen zu ermöglichen. Dies könnte langfristig positive Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation in Österreich haben.

Zusammengefasst stehen den österreichischen Bürgern bedeutende Änderungen bei den Gebühren für wichtige Dokumente bevor, und die Diskussion im Nationalrat wird zeigen, wie sich die Maßnahmen auf die finanziellen Rahmenbedingungen der Pensionisten und die Bevölkerung insgesamt auswirken werden. Das umfassende Budgetpaket und

die damit verbundenen Gesetze sind daher von großer Relevanz für die nächsten Monate, wie auch **die Presse** informiert.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.vol.at• www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at